

Beirat wünscht ein Bürgerhaus

Antrag der Linken findet Mehrheit

VON ROBERT GOLDBERG

Blumenthal. Mit dem Antrag der Linken „Ein Bürgerhaus für Blumenthal“ hatte sich jetzt der Beirat Blumenthal zu befassen. „Das neue Bürgerhaus sollte im Blumenthaler Zentrum in unmittelbarer Nähe von öffentlichen Verkehrsmitteln liegen“, heißt es in dem Schreiben der Fraktionssprecherin Anke Krohne. Bei zwei Enthaltungen und zwei Gegenstimmen der Sozialdemokraten wurde jetzt der Kultursenator aufgefordert, die Möglichkeit eines Bürgerhauses für Blumenthal zeitnah zu prüfen.

Immer wieder seien Gruppen und Vereine in Blumenthal gezwungen, sich in Räumen zu treffen, in denen Verzehrzwang bestehe. So argumentiert die Linke pro Bürgerhaus. „In Blumenthal gibt es keine Räume, die sich außerhalb von Vereinsheimen und Gastronomien befinden“, begründet Krohne ihren Vorstoß. Gleichzeitig steige aber die Zahl der Blumenthaler, die an Veranstaltungen nicht teilnehmen könnten, weil der Verzehrzwang in Gastronomien ihr Budget überschreite. Als Beispiele für ein denkbares Bürgerhaus nennt Krohne – unabhängig von den Eigentumsverhältnissen – das Nordenholz-Gebäude an der Kapitän-Dallmann-Straße und den Kafu/Möbelhaus-Budelmann-Komplex an der Lüssumer Straße.

Ortsamtsleiter Peter Nowack mochte den Antrag nicht an den Kultursenator (Bürgermeister Jens Böhrnsen) weiterleiten, ohne nicht auch einen Finanzierungsvorschlag beizulegen. Die Antragstellerin konterte trocken: „Das Bürgerhaus sollte finanziert werden wie die anderen Bürgerhäuser auch.“ Aktuell ist die Sanierung des Gustav-Heinemann-Bürgerhauses in der Diskussion: Sie kostet allein 6,5 Millionen Euro.

Die Diskussion um das Bürgerhaus für Blumenthal blieb gleichwohl allgemein: Generell sprachen sich sowohl Ralf Schwarz (CDU) als auch Walter Meyer (FDP) für ein Bürgerhaus im Ortszentrum aus, ohne allerdings ein Objekt im Visier zu haben. Schwarz erhofft sich von einem Bürgerhaus eine Belebung der Blumenthaler Mitte, Meyer möchte dort gerne ein Internetcafé, einen Raum für Veranstaltungen wie für kleine Theatervorstellungen realisiert sehen. Die SPD enthielt sich der Diskussion.